

Gesetz
zu dem Zusatzvertrag vom 21. Oktober 1986
zum Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika

Vom 5. Dezember 1988

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Washington am 21. Oktober 1986 unterzeichneten Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika (BGBl. 1980 II S. 646) wird zugestimmt. Der Zusatzvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 3 des Zusatzvertrags eingeschränkt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Zusatzvertrag nach seinem Artikel 6 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 5. Dezember 1988

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Zusatzvertrag
zum Auslieferungsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika**

**Supplementary Treaty
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
concerning Extradition**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika –

The Federal Republic of Germany
and
the United States of America,

in dem Wunsch, den Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als „Auslieferungsvertrag“ bezeichnet) wirksamer zu gestalten –

Desiring to make more effective the Treaty of June 20, 1978 between the Federal Republic of Germany and the United States of America concerning Extradition (hereinafter referred to as “the Extradition Treaty”),

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

a) Artikel 2 Absatz 1 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

(a) Article 2, paragraph (1) of the Extradition Treaty is amended to read as follows:

„(1) Auslieferungsfähige Straftaten nach diesem Vertrag sind Straftaten, die nach dem Recht beider Vertragsparteien strafbar sind. Für die Entscheidung, ob es sich um eine auslieferungsfähige Straftat handelt, ist es unerheblich, ob das Recht der Vertragsparteien die Straftat in die gleiche Kategorie von Straftaten einordnet oder die Straftat unter den gleichen Begriff faßt oder ob sich die beiderseitige Strafbarkeit aus dem Recht des Bundes, der Einzelstaaten oder der Länder ergibt. Insbesondere kann die beiderseitige Strafbarkeit Straftaten im Rahmen der Beteiligung an einer Vereinigung umfassen, deren Ziele und Tätigkeiten die Begehung auslieferungsfähiger Straftaten einschließen, beispielsweise Bildung einer kriminellen Vereinigung nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und Beteiligung an einer in organisiertes Verbrechen verwickelten Vereinigung nach dem Recht der Vereinigten Staaten.“

“(1) Extraditable offenses under this Treaty are offenses which are punishable under the laws of both Contracting Parties. In determining what is an extraditable offense it shall not matter whether or not the laws of the Contracting Parties place the offense within the same category of offenses or denominate an offense by the same terminology, or whether dual criminality follows from Federal, State or Laender laws. In particular, dual criminality may include offenses based upon participation in an association whose aims and activities include the commission of extraditable offenses, such as a criminal society under the laws of the Federal Republic of Germany or an association involved in racketeering or criminal enterprise under the laws of the United States.”

b) Artikel 6 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

(b) Article 6 of the Extradition Treaty is amended to read as follows:

„In Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen kann die Auslieferung verweigert werden, wenn die zuständige Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates entscheidet, daß der Auslieferung wegen einer solchen Tat die öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen des ersuchten Staates entgegenstehen.“

“Extradition may be refused for offenses in connection with taxes, duties, customs and exchange if the competent executive authority of the Requested State determines that extradition for any such offense would be contrary to the public policy or other essential interests of the Requested State.”

c) Der Anhang zum Auslieferungsvertrag entfällt.

(c) The Appendix to the Extradition Treaty is hereby deleted.

Artikel 2

Article 2

Artikel 4 Absatz 3 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

Article 4, paragraph (3) of the Extradition Treaty is amended to read as follows:

„Im Rahmen dieses Vertrags werden folgende Straftaten nicht als solche im Sinne des Absatzes 1 angesehen:

“For the purpose of this Treaty the following offenses shall not be deemed to be offenses within the meaning of paragraph (1):

- a) eine Straftat, derentwegen beide Vertragsparteien auf Grund einer mehrseitigen internationalen Übereinkunft verpflichtet sind, den Verfolgten auszuliefern oder die Angelegenheit ihren zuständigen Behörden zur Entscheidung über die Strafverfolgung zu unterbreiten;
- b) Mord, Totschlag, gefährliche oder schwere Körperverletzung;
- c) Menschenraub, Entführung oder jede vergleichbare Freiheitsberaubung einschließlich Geiselnahme;

- (a) an offense for which both Contracting Parties have the obligation pursuant to a multilateral international agreement to extradite the person sought or to submit his case to their competent authorities for decision as to prosecution;
- (b) murder, manslaughter, maliciously wounding, or inflicting grievous bodily harm;
- (c) kidnapping, abduction, or any form of unlawful detention, including taking a hostage;

- d) das Anbringen oder die Verwendung von Sprengstoffen, Zündeinrichtungen oder Zerstörungsmitteln, durch die Leben gefährdet oder schwere Körperverletzung oder erheblicher Sachschaden verursacht werden kann;
- e) der Versuch, die Verabredung zu oder die Teilnahme an einer der vorstehenden Straftaten.“

Artikel 3

Die Überschrift des Artikels 20 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

„Vorübergehende oder aufgeschobene Übergabe“.

Der Wortlaut des Artikels 20 wird zu Artikel 20 Absatz 1, und der folgende Wortlaut wird als Artikel 20 Absatz 2 eingefügt:

„(2) Statt dessen kann der ersuchte Staat den Verfolgten dem ersuchenden Staat vorübergehend zum Zweck der Strafverfolgung übergeben. Der so Übergebene wird im ersuchenden Staat in Haft gehalten und nach Abschluß des Verfahrens gegen ihn an den ersuchten Staat unter Bedingungen rücküberstellt, die von den Vertragsparteien einvernehmlich festgelegt werden.“

Artikel 4

Dieser Zusatzvertrag findet auf die vor oder nach seinem Inkrafttreten begangenen Straftaten, die vor oder nach seinem Inkrafttreten gestellten Ersuchen und die vor oder nach seinem Inkrafttreten für auslieferungsfähig erklärten Personen Anwendung; er findet jedoch nicht Anwendung auf eine vor seinem Inkrafttreten begangene Straftat, die zur Zeit ihrer Begehung nach dem Recht beider Vertragsparteien nicht mit Strafe bedroht war.

Artikel 5

(1) Dieser Zusatzvertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Zusatzvertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) Bei der Anwendung dieses Zusatzvertrags auf das Land Berlin gelten Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland oder deren Hoheitsgebiet auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Artikel 6

(1) Dieser Zusatzvertrag ist Bestandteil des Auslieferungsvertrags.

(2) Dieser Zusatzvertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht. Er tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er tritt auf dieselbe Weise wie der Auslieferungsvertrag außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diesen Zusatzvertrag unterschrieben.

Geschehen zu Washington am 21. Oktober 1986 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Hans-Dietrich Genscher

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
George P. Shultz

- (d) placing or using an explosive, incendiary or destructive device capable of endangering life, or of causing grievous bodily harm, or of causing substantial property damage;

- (e) an attempt or conspiracy to commit, or participation in, any of the foregoing offenses.”

Article 3

The title of Article 20 of the Extradition Treaty is amended to read as follows:

“Temporary or Deferred Surrender.”

The text of Article 20 is renumbered to become Article 20, paragraph (1), and the following text is inserted as Article 20, paragraph (2):

“(2) Alternatively, the Requested State may temporarily surrender the person sought to the Requesting State for the purpose of prosecution. The person so surrendered shall be kept in custody in the Requesting State and shall be returned to the Requested State after conclusion of the proceedings against that person, in accordance with conditions to be determined by mutual agreement of the Contracting Parties.”

Article 4

This Supplementary Treaty shall apply to any offense committed, and to any request made, or to any person found extraditable, before or after this Supplementary Treaty enters into force, provided that this Supplementary Treaty shall not apply to an offense committed before this Supplementary Treaty enters into force which was not an offense under the laws of both Contracting Parties at the time of its commission.

Article 5

(1) This Supplementary Treaty shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months of the date of entry into force of this Supplementary Treaty.

(2) Upon the application of this Supplementary Treaty to Land Berlin, references in the Supplementary Treaty to the Federal Republic of Germany or to the territory thereof shall be deemed also to be references to Land Berlin.

Article 6

(1) This Supplementary Treaty shall form an integral part of the Extradition Treaty.

(2) This Supplementary Treaty shall be subject to ratification and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible. It shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification. It shall be subject to termination in the same manner as the Extradition Treaty.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Supplementary Treaty.

Done at Washington this twenty-first day of October 1986, in duplicate, in the English and German languages, both texts being equally authentic.